parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 05 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 #FridaysForFuture vor dem Landtag

3 Gleichstellungsgesetz setzt auf Inklusion

4 Alternative 54: 1,3 Millionen Euro gespendet

5 Regelschullehrer werden bald besser bezahlt

Kommentar

Verbriefte Rechte

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Kati Engel, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der Linksfraktion im Landtag

Die Belange der Jugendlichen in Thüringen sind uns sehr wichtig. Wir reden nicht über sie, sondern vor allem mit ihnen, hören ihre Meinung und beziehen sie in die politischen Entscheidungen ein. Ich freue mich daher ganz besonders über die jetzt vom Thüringer Landtag beschlossene Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes.

Neben besseren Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten für junge Menschen werden die örtliche Jugendförderung und die Schulsozialarbeit gesetzlich verankert, die Jugendverbandsarbeit gestärkt, ein regelmäßiger Bericht über die Lebenslagen junger Menschen in Thüringen eingeführt, ein Landesjugendcheck entwickelt, ein Modellprojekt „Beschwerde und Ombudschaft für Kinder und Jugendliche in Thüringen“ geschaffen und das Ehrenamt besser anerkannt.

Die Beteiligung junger Menschen braucht Ernsthaftigkeit durch gesetzlich verbriefte Rechte und verlässliche Strukturen bei den Angeboten der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. In diesem Sinne ist unser rot-rot-grünes Gesetz die Grundlage für eine eigenständige Jugendpolitik in Thüringen. Wir sichern die Jugend- und die Schulsozialarbeit langfristig und schaffen für alle Beteiligten endlich Planungssicherheit sowie Bedingungen für gute Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe.

Kinder-Feiertag

Susanne Hennig-Wellsow: In den Familien mehr Zeit füreinander

Der Landtag hat die Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages beschlossen. Mit dem am 28. Februar verabschiedeten Gesetz der rot-rot-grünen Fraktionen wird der weltweite Kindertag am 20. September 2019, einem Freitag, erstmals ein freier Tag sein.

Es ist für uns ein zentrales Thema, dass Familien mehr Zeit füreinander haben“, sagte die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. Und wirtschaftlich betrachtet sei der Feiertag durchaus vertretbar. „Schließlich arbeiten die Thüringer deutschlandweit am längsten, haben allein im Jahr 2017 rund 11,82 Millionen unbezahlte Überstunden angehäuft, womit ein neuer Feiertag bereits vielfach herausgearbeitet wurde.“

Der Kinder-Feiertag unterstütze die Bedürfnisse von Kindern, erhöhe die Familienfreundlichkeit Thüringens und sei damit auch ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen. Mit dem 20. September als Feiertag kommen auf Bürger keine Mehrkosten zu, denn nach SGB XI wird eine Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages nur erforderlich, wenn ein Feiertag immer auf einen Werktag fällt. Der 20. September wird auf verschiedene Wochentage fallen.

In Thüringen feiern die Kinder seit vielen Jahren den Kindertag. Die rot-rot-grüne Koalition will, dass er nun eine gesamtgesellschaftliche Würdigung erhält. Kinderrechte sollen gestärkt und Mitbestimmung gefördert werden. Dazu soll es auch Veranstaltungen in den Kommunen geben, und der Kindertag soll unter dem von der UNICEF für das jeweilige Jahr ausgewählten Motto stehen.

Im Foto die Fraktionsvorsitzenden von Rot-Rot-Grün (v.l.) Dirk Adams, Grüne, Susanne Hennig-Wellsow, LINKE, und Matthias Hey, SPD, nach dem Beschluss des Kinderfeiertages im Innenhof des Landtags.

„Unmöglichkeiten sind Ausflüchte“

Die Geschichte der Frauenrechte ist noch nicht zu Ende

Die rechtliche, ökonomische und soziale Gleichstellung der Frauen zu erreichen und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, braucht auch heute noch Courage, Mut und Tatkraft. Und die Entschlossenheit, vermeintliche Unmöglichkeiten nicht hinzunehmen. Das wurde jetzt erneut anlässlich des Internationalen Frauentages deutlich, bei dem Aktivistinnen verschiedener europäischer Länder zu einem Frauenstreik aufgerufen hatten.

Dass aktuell wieder viel in Bewegung gerät, zum Beispiel die breite Debatte um ein Paritätsgesetz (zur Quotierung der Landeswahllisten der Parteien), das Rot-Rot-Grün auch in Thüringen einführen will, die Forderung vieler tausender Frauen für Selbstbestimmung, die Streichung des Paragrafen 219a (des sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche; dabei geht es eigentlich um ein Informationsverbot) und die am 8. März mit verschiedenen Aktionen deutlich gewordene Wiederbelebung des Frauenstreiks in Deutschland, sind ermutigende und bestärkende Beispiele“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag.

„Sie zeigen, dass die Geschichte der Frauenrechte noch nicht zu Ende ist. Eine andere Welt gestalten - trotz alledem! Das wollen wir gemeinsam erreichen“, betonte die LINKE-Abgeordnete und verwies darauf, dass für die Linksfraktion der diesjährige Internationale Frauentag unter dem Leitbild von Hedwig Dohm stand.

Hedwig Dohm war eine der Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht, das sie bereits 1873 forderte. Nicht absehbar war für sie zu damaliger Zeit, dass das Frauenwahlrecht über 40 Jahre später eingeführt wird. Ein Zitat Dohms beschreibt, wie sie trotz der schwierigen Umstände ihre Kraft und Beharrlichkeit, für die politischen Rechte der Frauen zu kämpfen, behielt: „Glaube nicht, es muss so sein, weil es nie anders war. Unmöglichkeiten sind Ausflüchte für sterile Gehirne. Schaffe Möglichkeiten!“

Hochschulpakt sollte Entfristungspakt sein

#fristifrust - das Befristungsunwesen an den Hochschulen endlich eindämmen

Die in Berlin vorgestellten Forderungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, ver.di und des Netzwerks Gute Arbeit in der Wissenschaft im Rahmen der Kampagne #frististfrust begrüßt Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Dass der Hochschulpakt dauerhaft verstetigt werden soll, bietet eine gute Möglichkeit, das Befristungsunwesen an den Hochschulen einzudämmen. Die Forderung, aus dem Hochschulpakt einen Entfristungspakt zu machen, ist eine wichtige Intervention in den laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern."

In keiner anderen Branche seien Befristungen so weit verbreitet wie in der Wissenschaft. Und das, obwohl Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland zum weitaus größten Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. „Mit der Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt hätten der Bund und die Länder die Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Die Mittelverteilung an die Länder zum Teil oder ganz daran zu binden, dass Dauerstellen für Daueraufgaben geschaffen werden, um auch den Beschäftigten endlich eine Planungs- und sichere Karriereperspektive zu geben, könnte eine Trendwende ermöglichen," meint Christian Schaft.

Die Landesregierung hatte auf Anfrage des LINKE-Abgeordneten mitgeteilt, dass sich Bund und Länder darin einig seien, dass die Nachfolge des Hochschulpakts durch eine dauerhafte, also zeitlich nicht befristete, Bund-Länder-Vereinbarung auf der Grundlage von Artikel 91b des Grundgesetzes geschlossen werden soll. „Mit der Verstetigung der Mittel bieten sich neue Möglichkeiten. Ich hoffe, dass der Bund und die Länder die Überlegungen zur Entfristungsoffensive im Rahmen der weiteren Verhandlungen aufgreifen", so Christian Schaft.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Straßenausbaubeiträge

Klarheit geschaffen

Mit dem der Landesregierung nun vorliegenden Gutachten zu Möglichkeiten der Fortentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts werden die Bedenken hinsichtlich der von Rot-Rot-Grün geplanten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Thüringen ausgeräumt.

Somit kann jetzt das Gesetzgebungsverfahren durch die Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht werden. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen von LINKE, SPD und Grünen Ende März den Gesetzentwurf in den Landtag einbringen.

Klärungsbedarf besteht in diesem Zusammenhang noch beim Umgang mit laufenden Verfahren. Es muss das Ziel sein zu verhindern, dass Gemeinden noch in den nächsten Jahren diese Beiträge für Ausbauvorhaben, die vor 2019 abgeschlossen wurden, erheben müssen. Das würde aus meiner Sicht vor Ort auf Unverständnis stoßen.

Ich bin froh, dass mit dem Gutachten Klarheit geschaffen wurde und der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 nichts mehr im Wege steht.

Frank Kuschel ist kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

#FridaysForFuture vor dem Thüringer Landtag

AfD spricht von „irgendwelchen hysterischen Jugendlichen"

Unter dem Motto #FridaysForFuture, initiiert von Greta Thunberg aus Schweden, demonstrieren seit Wochen in vielen deutschen Städten, so auch in Erfurt und Jena, Schülerinnen und Schüler. Die LINKE im Thüringer Landtag unterstützt ihr Anliegen. „Wir erleben die volle Wucht der Klimaveränderungen nicht mehr, aber unsere Kinder und Kindeskinder. Daher wird es Zeit, gemeinsam etwas zu unternehmen. Dazu gehören auch Schülerstreiks, um auf die Probleme aufmerksam zu machen. Solche und andere gemeinsame Aktionen - unterstützt von Eltern und Lehrern - sind ein wichtiges Signal, um die Energiewende zu beschleunigen", sagte Steffen Harzer, Umweltpolitiker der Fraktion.

Als das Thema am 27. Februar im Thüringer Landtag auf der Tagesordnung stand, war die Debatte auch von einer Kundgebung einer Klimainitiative draußen vor dem Plenarsaal begleitet, bevor die TeilnehmerInnen natürlich mit großem Interesse die Reden der Abgeordneten im Plenarsaal von der Besuchertribüne aus verfolgten.

Und dies sicherlich mit einigem Entsetzen, denn die AfD-Abgeordnete Wiebke Muhsal verstieg sich darin, von „irgendwelchen hysterischen Minderjährigen" und von „Klimafanatikern" zu reden, die „den Protest eines autistischen Mädchens instrumentalisieren" wollten.

Diese Diffamierungen wurden von anderen Abgeordneten entschieden zurückgewiesen. Und als am nächsten Tag das Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen aufgerufen wurde, sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Es ist einfach skandalös, was Sie hier gesagt haben. In einer inklusiven Gesellschaft, die niemanden ausschließt, ist es egal, ob ein Mensch behindert ist oder nicht. (...) Ihr Bild von behinderten Menschen, Frau Muhsal, ist menschenfeindlich."

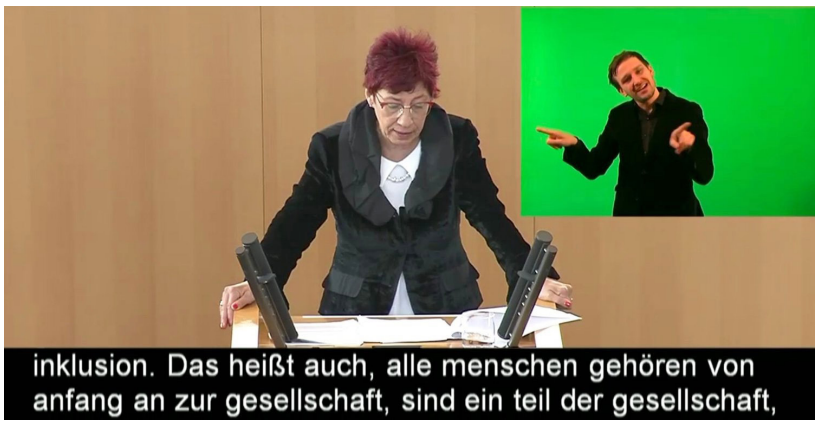
Der Umweltpolitiker der Linksfraktion, Steffen Harzer, hatte in der Landtagsdebatte die Demonstration der Jugendlichen nochmals ausdrücklich begrüßt und „dass ihr damit auch deutlich macht, wie wichtig für euch Klimaschutz ist, dass es für euch die Zukunft ist, die wir in 50 Jahren voraussichtlich nicht mehr erleben, einfach aufgrund des Lebensalters, und dass es für euch deswegen auch wichtig ist zu sagen, tut endlich was für unsere Zukunft". Und man müsse auch einmal das verantwortliche Vorgehen der Kinder und Jugendlichen herausstellen, die sich bei ihren freitäglichen Schulstreiks überlegten, wie sie im Wochenwechsel nicht immer den gleichen Unterricht versäumen.

Der LINKE-Abgeordnete fragte in diesem Zusammenhang: „Warum gibt es in Deutschland ein Streikrecht für Erwachsene, und warum gibt es nicht ein Streikrecht für Schüler? Wir haben ein Wahlrecht in Thüringen ab 16 Jahren, aber sagen, sie dürfen nicht streiken. Also bitte, ich glaube, hier haben wir Nachholbedarf. Hier sollten wir einfach auch akzeptieren, dass auch Kinder und Jugendliche eine Meinung haben."

Inklusion vor allem

Gesetzentwurf zur Gleichstellung von behinderten Menschen

Der Thüringer Landtag hat am 1. März und in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen beraten. „Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu realisieren, das ist das zentrale Anliegen diese Gesetzentwurfs", sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion.



Mit dem Gesetzentwurf gehe ein Paradigmenwechsel einher, nun werde die Inklusion in den Mittelpunkt gerückt. „Beispielsweise werden Ämter bei der Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken verpflichtet, die Belange der Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Auch sollen die Behörden in einfacher und leicht verständlicher Sprache kommunizieren. Insbesondere sollen sie auf Verlangen Bescheide und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten in einfacher und leicht verständlicher Art und Weise erklären", teilte die Politikerin mit.

Ein großer Fortschritt sei auch, „dass die Kommunen in Thüringen jetzt die Chance haben, hauptamtliche Behindertenbeauftragte und -beiräte einzusetzen. Diese werden insgesamt gestärkt, damit sie sich wirkungsvoller dafür einsetzen können, Barrieren abzubauen, Defizite zu beseitigen und Lösungswege für Probleme zu finden. Dazu stellt das Land in diesem Jahr und für das Jahr 2020 jeweils 700.000 Euro zur Verfügung".

Zu Beginn ihrer Rede im Landtag hatte sich Karola Stange zunächst bedankt bei „den GebärdendolmetscherInnen, die im Livestream für uns mitarbeiten, und den SchriftdolmetscherInnen". Es sei ein intensiver Diskussionsprozess durch die Landesregierung mit den Vertretern der unterschiedlichen Verbände zu diesem Gesetzentwurf auf den Weg gebracht worden. Auch dafür sei zu danken und „dass wir heute einen Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt bekommen haben, welcher wirklich die Inklusion in den Mittelpunkt stellt".

Gleiches Recht auf umfassende Teilhabe

Die Abgeordnete verwies auch auf die Thüringer Verfassung, in der in Artikel 2 Abs. 2 ein umfangreiches Nachteilsgebot für Menschen mit Behinderungen in Thüringen verankert ist. Sie erinnerte an das von der CDU vorgelegte Thüringer Behindertengleichstellungsgesetz, in dem von Inklusion nichts zu lesen war. „Es war immer von Integration die Rede, Nachteilsausgleiche oder ähnliches suchte Mensch vergeblich."

Ganz oft würden Integration und Inklusion in einen Topf geschmissen. „Aber es gibt einen großen Unterschied, denn Integration bedeutet, man schließt erst einmal Menschen aus, um sie dann mehr oder weniger großzügig wieder in die normale Gesellschaft hineinzunehmen. Ich sage immer: Wer heute von Integration spricht, der sagt eigentlich, es ist ein ‚Gnadenrecht der Mehrheitsgesellschaft'. Das bedeutet, man kommt von oben nach unten wieder in die Gesellschaft rein, das wollen wir nicht. Wir wollen Inklusion. Und Inklusion, das heißt auch, alle Menschen gehören von Anfang an zur Gesellschaft, sind ein Teil von ihr, denn es wird die Tatsache akzeptiert, alle Menschen sind unterschiedlich, sind anders und alle sind doch gleich im Sinne von Gleichstellung und gleicher Teilhabe, niemand ist draußen. Das ist wirklich Inklusion".

Karola Stange betonte: „In einer inklusiven Gesellschaft haben alle das gleiche Recht auf umfassende Teilhabe, auf ein selbstbestimmtes Leben. Und das wird auch mit diesem Gesetzentwurf weiter verankert und festgeschrieben. Es geht um Anerkennung und Respekt von behinderten Menschen auf gleicher Augenhöhe."

Anonyme Kommunikation

Der Bundesrat berät am 15. März den Gesetzesentwurf „Anbieten von Leistungen zur Ermöglichung von Straftaten", der auf Bestreben von Nordrhein-Westfalen und Hessen vorgelegt wurde. Damit soll jede internetbasierte Leistung unter Strafe gestellt werden, deren Zugang und Erreichbarkeit durch besondere technische Vorkehrungen beschränkt ist und die dazu dienen kann, das Begehen von rechtswidrigen Taten zu ermöglichen, für die Netzpolitikerin der Thüringer Linksfraktion, Katharina König-Preuss, „weiterer Ausdruck autoritärer Überwachungsgläubigkeit".

„Unter dem Vorwand, strafbare Handlungen unterbinden zu wollen, besteht die Gefahr, dass völlig legitime Angebote mit Strafe bedroht werden." Da es nicht um ganz konkrete Gefahren gehe, könne das Gesetz die Möglichkeiten zur Nutzung von Anonymisierungsinfrastruktur weiter einschränken. Natürlich sei es im Interesse aller, strafbare Handlungen zu verfolgen, aber die Anonymisierungsinfrastruktur zu illegalisieren, sei der falsche Weg.

„In der Begründung des Gesetzentwurfs ist versteckt, dass sich dieser auch gegen die Infrastruktur des TOR-Netzwerkes und ähnlicher Dienste richten kann. Dabei wird unterstellt, dass es sich bei den Anbietern von Diensten in solchen Netzwerken um nicht legal Agierende handelt, was faktisch falsch ist und von digitaler Unkenntnis zeugt. Die ungenaue Formulierung im Text des Gesetzentwurfs sowie der Begründung machen es darüber hinaus möglich, ganz grundlegende Dienste der Anonymisierung, wie zum Beispiel anonyme Messenger, ganz unter Strafe zu stellen. Das ist nicht hinnehmbar", betont die LINKE-Abgeordnete.

„Die Möglichkeit, anonym kommunizieren zu können, gehört zu den wichtigen Errungenschaften der Demokratie. Die dazu nötige Infrastruktur zu illegalisieren, ist ein weiterer Schritt in den Überwachungsstaat. Statt, wie oft behauptet, einen rechtsfreien Raum zu haben, überfrachtet die Gesellschaft das Internet geradezu mit zusätzlichen Straftatbeständen, die es in der analogen Welt nie geben würde. Wenn dieser Gesetzentwurf Zustimmung erhalten sollte, erwarte ich, dass in Zukunft auch Waffenhersteller bestraft werden, wenn mit ihren Waffen Menschen getötet werden. Ebenso müsste dann der Besitz von Feldwegen, Hinterhöfen und schlicht jeglichen sonstigen Orten, an denen strafbare Handlungen begangen werden können, unter Strafe gestellt werden", meint Katharina König-Preuss. Dieser Gesetzentwurf ist abzulehnen, „hier sollte Thüringen nicht zustimmen", unterstreicht die Netzpolitikerin.

» Trassenplanung

Die Linksfraktion hat im Landtag die Planung für die Stromtrasse SuedLink durch Thüringen thematisiert und die Landesregierung unterstützt, die dagegen vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gezogen ist. „Wir fordern, dass der Thüringer Alternativvorschlag zur Trassenführung von der Bundesnetzagentur geprüft wird. Sie muss endlich Alternativen in den Blick nehmen und darf nicht länger landesplanerische Rechte Thüringens verletzen", sagte der LINKE-Abgeordnete Steffen Harzer. Der Trassenschwenk durch Thüringen würde wichtige Naturschutzflächen im Werratal und in Westthüringen sowie das Biosphärenreservat Rhön zerschneiden.

» Frauen

In Thüringen leben 930.000 Frauen und Mädchen (15 Jahre und älter), so das Landesamt für Statistik. Das sind 50 Prozent der Bevölkerung in diesem Alter. 50 Prozent der Frauen sind verheiratet, 24 Prozent verwitwet oder geschieden und 26 Prozent ledig. 74 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren) sind berufstätig. 200.000 Frauen lebten 2017 mit Kindern unter 18 Jahren zusammen in einem Haushalt, darunter 104.000 als Ehefrauen und 45.000 als Alleinerziehende. 58 Prozent der Frauen hatten ein Kind unter 18 Jahren, 33 Prozent zwei Kinder und 10 Prozent drei und mehr Kinder. 82 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern waren erwerbstätig.

» Volkshochschulen

Zum 100-jährigen Bestehen des Thüringer Volkshochschulverbandes hat namens der Linksfraktion der Abgeordnete Christian Schaft gratuliert: „Mit ihrem vielfältigen Programm, mehr als 10.000 Kursen, 280.000 Unterrichtsstunden und 112.000 Teilnehmenden im Jahr sind die Volkshochschulen eine wichtige Säule für das lebenslange Lernen. Aber sie sind auch Begegnungsort für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebenssituationen, sie fördern Bildungsgerechtigkeit, Demokratiebildung und gesellschaftliche Teilhabe. Rot-Rot-Grün unterstützt die Volkshochschulen mit einer erhöhten Finanzausstattung im Haushaltsplan für das nächste Jahr."

Angst der CDU vor der Kommunalisierung

Dabei setzt die Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders, lediglich den Kreistagsbeschluss um

Abgeordnete der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen zeigten sich äußerst verwundert über Äußerungen des CDU-Landtagsabgeordneten Jörg Thamm, der in einer Pressemitteilung am 4. März mit Verweis u.a. auf ein laufendes Verfahren gegen zwei Mitarbeiter der Omnibusverkehr GmbH Ilmenau den Rückzug der Landrätin des Ilm-Kreises,Petra Enders, aus allen Ämtern und Gremien des ÖPNV im Ilm-Kreis gefordert hatte.

Hier werde wild spekuliert, was eher ein Indiz dafür sei, dass die Kommunalisierung des Busverkehrs im Ilm-Kreis mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln verhindert werden solle, sagten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Mitglied des Kreistages im Ilm-Kreis, bezeichnete es als „völlig ungewöhnlich und abzulehnen, dass sich Politiker zu einem laufenden Verfahren gegen Privatpersonen äußern“. Außerdem gebe es „keine gerichtliche Entscheidung, die den Kreis bindet, das Kommunalisierungsverfahren auszusetzen“.

Vielmehr, so Frank Kuschel weiter, warte das Oberlandesgericht Jena eine noch für März angekündigte ähnlich gelagerte Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofs ab. Der Abgeordnete fügte hinzu: „Im Übrigen setzt die Landrätin lediglich einen auch mit Stimmen von CDU und Freien Wählern gefassten Kreistagsbeschluss um, ein ursprünglich mit öffentlichen Geldern finanziertes Kreis-Unternehmen wieder zu kommunalisieren.“

Und genau das ist der Punkt, den auch die SPD-Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer aus dem Ilm-Kreis unterstrich: „Die Angst, die die CDU vor Kommunalisierung schürt, ist für mich unverständlich. Es handelt sich hier schließlich nicht um Mafia-Methoden, Aufgaben wieder den Kommunen zuzuordnen. Im Gegenteil, viele Bürgerinnen und Bürger ziehen es sogar vor, wenn Nahverkehrsgesellschaften, Krankenhäuser o.a. in kommunaler statt kommerzieller Hand sind. Die Entscheidung, beispielsweise die Abfallentsorgung zu kommunalisieren, stößt deutschlandweit auf großes Interesse und wird auch auf Bundesebene verfolgt. Man muss nicht auf Kosten von Bürgerinnen und Bürgern Privatgewinne generieren.“

Madeleine Henfling, Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Ilm-Kreis, erklärte: „Die vom Abgeordneten Thamm vorgebrachten Forderungen gegen die Landrätin sind mehr als verfrüht, denn die Ermittlungen zu den Razzien laufen noch. Herr Thamm bewegt sich damit im Bereich der Spekulation und der Mutmaßungen.

Sich jetzt bereits in seinem Urteil so festzulegen, ist sicherlich für einen Landtagsabgeordneten nicht angebracht. Garniert hat Herr Thamm seine Pressemitteilung zudem noch mit alten, längst widerlegten Behauptungen. Dies zeigt, worum es der CDU eigentlich geht: Die Kommunalisierung des ÖPNV im Ilm-Kreis infrage zu stellen. Darin wird deutlich, dass sie den mit deutlicher Mehrheit gefassten Beschluss des Kreistages nicht respektiert, sie stellt privatwirtschaftliche Interessen über die der Daseinsvorsorge.“

Durchsuchungen

Unverhältnismäßig

Vor einem Jahr wurden die Räume der Linksjugend [‘solid] Thüringen im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RedRoXX in Erfurt sowie private und geschäftliche Räume von Mitgliedern des Demokratischen Gesellschaftszentrums der Kurden in Thüringen durchsucht und vor allem elektronische Speichermedien beschlagnahmt. „Die Maßnahmen waren und sind aus meiner Sicht absurd und unverhältnismäßig. Dass Menschen aufgrund der Solidarität mit den demokratischen Kräften im Norden Syriens, die maßgeblich am Kampf gegen den IS beteiligt sind, kriminalisiert werden und ähnliche Maßnahmen immer wieder bundesweit stattfinden, ist und bleibt ein Kniefall vor dem Regime Erdogans in der Türkei“, so der LINKE-Abgeordnete Christian Schaft.

„Es ist völlig nachvollziehbar, wenn die Anwälte der Betroffenen nun eine Verzögerungsrüge einreichen. Seit einem Jahr warten sie darauf, dass ihnen das beschlagnahmte Eigentum wieder ausgehändigt wird. Die Ermittlungsbehörden hüllen sich in Schweigen. Von einem Abschluss des Verfahrens in angemessener Zeit kann kaum noch die Rede sein. Die Rechtsbeistände der Betroffenen berichten von einer absurden Verzögerungstaktik. Das ist nicht hinnehmbar“, sagt Christian Schaft, der die Betroffenen zusammen mit den AnwältInnen begleitet. Die Verfahrensweise und Grundlagen, auf denen die Durchsuchungen stattgefunden haben, sind bis heute fraglich.

1,3 Millionen gespendet

Aus dem Fonds der Alternative 54 e.V. der LINKE-Abgeordneten

Seit Inkrafttreten der Landesverfassung im Jahr 1993 kämpft DIE LINKE gegen die automatische Erhöhung der Abgeordneten-Diäten, die in Artikel 54 geregelt ist. Eine Klage vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof war nicht erfolgreich, obwohl die damalige PDS-Fraktion argumentiert hatte, der automatischen Erhöhung der Diäten fehle die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und das führe zu Politikverdrossenheit.

Außerdem werde bei der Diäten-Anpassung von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht. Deshalb gründeten 1995 Abgeordnete der PDS den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“, der die automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weitergibt. Ihm gehören 42 Mitglieder an – gegenwärtige und auch frühere Abgeordnete der Fraktion, unter ihnen Bodo Ramelow, sowie einige MitarbeiterInnen.

Mitgliedsbeiträge und Spenden machten allein im vergangenen Jahr 101.530 Euro aus. Seit ihrer Gründung hat die Alternative 54 insgesamt 1.337.435 Euro ausgereicht, die in 3.601 vor allem soziale, künstlerische und Sport-Projekte geflossen sind. Wie zum Beispiel an den Prager-Haus e.V. in Apolda (Foto links), wo die Abgeordnete Sabine Berninger einen Spendenscheck überbrachte für den Gedenk- und Erinnerungsort an die jüdischen EinwohnerInnen der Stadt.

Beim Show-Balett Formel 1 in Jena (Foto rechts) war kürzliche die Abgeordnete Dr. Gudrun Lukin zu Besuch, ebenfalls verbunden mit einer ‚Spendenübergabe. Der schon 1991 gegründete Verein zählt fast 250 Mitglieder.

Mehr Informationen sowie Spendenantragsformulare unter www.alternative-54.de. Formlose Anträge können auch schriftlich eingereicht werden an: Thüringer Landtag, Fraktion DIE LINKE, Alternative 54 e.V., Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Regelschulen stärken

Aus der Rede von Torsten Wolf zum Gesetzentwurf der Landesregierung

In erster Lesung hat sich der Thüringer Landtag am 28. Februar mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Berufs des Regelschullehrers, einem Gesetzentwurf der Landesregierung, befasst. In der Debatte ergriff für die Fraktion DIE LINKE deren bildungspolitischer Sprecher Torsten Wolf das Wort und betonte: „Mit diesem Gesetz wird die Regelschule, das Herzstück der Thüringer Schullandschaft, gestärkt „und nicht brachliegen gelassen, wie es die CDU-Fraktion über 24 Jahre getan hat". Damit gehe es auch um die Unterrichtsabsicherung, vor allem aber sei es ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber Regelschullehrern. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll der Rede von Torsten Wolf:

Was wir machen, ist, dass wir mit dem vorliegenden Gesetz, dem Besoldungsgesetz, in Verbindung mit dem Schulgesetz nicht nur die Standorte sichern, sondern dass wir Unterrichtsabsicherung in den Mittelpunkt stellen.

Es ist nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber Regelschullehrerinnen und Regelschullehrern, dass wir jetzt mit der A13 für Regelschullehrer die Gleichheit zu den Gymnasiallehrern herstellen, sondern wir haben damit die laufbahngleiche Verwendung mit den Gymnasiallehrern geschaffen.

In Deutschland tobt ein Kampf um die besten Köpfe

Und die Gymnasiallehrer, die zukünftig das Angebot annehmen, auch an den Regelschulen Dienst zu tun, haben damit laufbahngleich auch diese Möglichkeit. Damit sichern wir mit diesem Gesetz Unterricht an den Regelschulen ab und stärken die Regelschulen. Wer das nicht sieht und das nicht zur Kenntnis nehmen will, der hat dieses Gesetz weder gelesen, noch verstanden.

In Deutschland tobt ein Kampf um die besten Köpfe, natürlich auch im Lehrerbereich. Unsere Nachbarn haben ebenso wie wir in gewissen Schularten nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer, um den Unterrichtsausfall effektiv zu bekämpfen. Ja, dass wir Unterrichtsausfall haben, hat auch etwas damit zu tun, dass über Jahre – und zwar über lange Jahre – seitens der CDU nicht eingestellt worden ist.

Und das hat etwas damit zu tun, dass es über Jahre – und zwar solange Sie regiert haben – keine Verbesserung im Besoldungsgesetz gab in der Art, wie wir es hier vorlegen; das gab es nicht. Die einzige Vereinbarung war für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer mit DDR-Ausbildung, mit der Wirkung, dass wir das jetzt umsetzen.

Nicht Sie haben es umgesetzt, wir haben es umgesetzt – in unserem Haushalt, den wir hier beschlossen haben, wurden die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer alle in die A12 gehoben.

Und ja, wir bekennen uns auch dazu: Dieser Weg hin zu einer einheitlichen Bezahlung kann und darf auch für Grundschullehrer nicht enden. Aber nicht Sie haben es gemacht, wir haben es gemacht. Sie haben es nur abgeschlossen in der großen Panik: Jetzt kommen Landtagswahlen! Da kam damals Frau Lieberknecht auf uns zu, auf die Gewerkschaft, und hat gesagt: Jetzt müssen wir aber mal verhandeln, wir haben hier ein Urteil. Und der Beamtenbund und die GEW haben es damals abgeschlossen. Umgesetzt haben wir es als Rot-Rot-Grün.

Attraktive Anstellungs- und Arbeitsbedingungen

Wir brauchen aber beim Kampf um die besten Lehrkräfte, wenn wir da mithalten wollen, attraktive Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Dazu gehören auch, dass wir ein attraktives Umfeld, ein attraktives Schulsystem und auch materielle Stimuli haben. Mit dieser Anhebung der Besoldung der Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer von A12 mit Zulage – die wir letztes Jahr schon beschlossen haben – in die A13 erweitern wir die Voraussetzungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und auch für mehr Attraktivität als Arbeitgeber, als Dienstherr.

Die Anhebung der Besoldung auf A13 ist auch ein Symbol für die verlässliche Politik von Rot-Rot-Grün. Mit der Besoldungsgruppe A12 mit Zulage haben wir den Weg schon betreten, den wir jetzt auch konsequent weitergehen. Mit einer Ausweitung der Lehramtsausbildung stellen wir unser Bildungswesen dann auch auf solide Füße.

Nach Jahrzehnten bildungspolitischer Fehlversuche

Nach Jahrzehnten der bildungspolitischen Fehlversuche in Thüringen hat Rot-Rot-Grün eine Wende eingeleitet und wird spätestens mit dem Schulgesetz die Zukunft der Menschen in ein gesichertes Bildungswesen und gesicherte Schulstrukturen überleiten.

Wir stärken damit auch tarifrechtliche Vereinbarungen. Ich will nur daran erinnern, dass das, was wir jetzt machen, die Grundlage darin hat, dass die Gewerkschaften und Verbände uns aufgefordert haben und dass die Landesregierung das in einer tarifrechtlichen Vereinbarung mit den Gewerkschaften beschlossen hat. Damit sendet auch das Land Thüringen ein starkes Signal, dass wir nicht nur erstens kein Billiglohnland sind, sondern zweitens in der Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern mit Gewerkschaften auch im gewerblichen Bereich – ich sage das bewusst, wir senden das Signal damit aus – dadurch Thüringen zukunftsfest machen, nicht nur im Schulbereich, nicht nur im Bereich des öffentlichen Dienstes.

Protokolle der Reden der Landtagsabgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/

Tarifabschluss

Kompromiss

Am 3. März wurde gemeldet, die rund eine Million Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder bekommen in diesem und den beiden nächsten Jahren acht Prozent mehr Lohn. Nach stundenlangen Verhandlungen hatten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf eine stufenweise Anhebung der Gehälter geeinigt. „Der Tarifabschluss ist aus meiner Sicht ein unter vielen Aspekten guter Kompromiss. Die Ankündigung einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten ist angemessen und ein Signal der Wertschätzung an diese Beschäftigtengruppe in Thüringen", sagte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag.

Der Abgeordnete weiter: „Für gewerkschaftliche Arbeitskampfmaßnahmen sind ein hoher Mobilisierungsgrad und Streikbereitschaft bei den Beschäftigten notwendig. Dies scheint nicht in dem Maße ausgeprägt zu sein, dass die Arbeitgeberseite tatsächlich durch Arbeitskampfmaßnahmen wirkungsvoll angegriffen werden könnte. Dabei spielt auch der unterschiedliche Organisationsgrad der Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Insofern müssen sich alle Kritiker fragen lassen, was sie selbst zu einem besseren Abschluss beigetragen haben. Allerdings ist auch das Verhalten der Arbeitgeberseite zu kritisieren. Eine solche Hinhaltetaktik in Bezug auf die Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebotes ist schlicht und ergreifend respektlos gegenüber den Leistungen der Beschäftigten."

Die Tarifanpassung erfolgt in drei Stufen. Rückwirkend zum 1. Januar steigen die Gehälter um durchschnittlich 3,2 Prozent. Im Detail bedeutet dies, dass die Stufe 1 der Entgeltgruppen 2 bis 15 stark überdurchschnittlich um 4,5 Prozent angehoben wird. Für alle anderen Stufen wurde ein Anstieg um 3,01 Prozent vereinbart – mindestens aber um 100 Euro. Ähnlich sieht die Differenzierung im zweiten Schritt der Gehaltserhöhung zum 1. Januar 2020 aus. Der Gesamtumfang von 3,2 Prozent ergibt sich aus weiteren 4,3 Prozent Erhöhung in Stufe 1 der Entgeltgruppen 2 bis 15 und um 3,12 Prozent – mindestens aber um 90 Euro – in allen anderen.

Der dritte Schritt folgt dann zum 1. Januar 2021. Der Zuwachs um 1,4 Prozent ergibt sich aus 1,8 Prozent für die Stufe 1 der Entgeltgruppen 2 bis 15 und eine Erhöhung um 1,29 Prozent – mindestens aber um 50 Euro – für alle anderen. Für Auszubildende werden die Vergütungen insgesamt um 100 Euro angehoben: rückwirkend zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um je 50 Euro. Zudem erhalten sie einen zusätzlichen Urlaubstag.

Nebenbei notiert

Tiefpunkt

KOMMENTAR VON
MDL KNUT KORSCHEWSKY

Die völlig untauglichen CDU-Versuche, von der eigenen Unfähigkeit zur sachlichen Arbeit im Untersuchungsausschuss 6/3 abzulenken, kann ich nur mit einem müden Lächeln betrachten. Es geht ihr in keiner Weise um die Aufklärung ihres eigenen Vorwurfs an die Landesregierung und Minister Lauinger.
Es steht schon in Frage, wie die CDU ohne jede Vorbereitung und Mitarbeit dem schärfsten Schwert der Opposition Rechnung tragen will.
Der Arbeit am Zwischenbericht haben sie sich gleich vollständig verweigert, es existiert nicht ein einziger Änderungsantrag. Wie man angesichts dessen die Sicht der CDU auf den Fall im Zwischenbericht berücksichtigen soll, bleibt absolut schleierhaft. Auch scheint die CDU kein Sondervotum zu planen. Angesichts dessen sind sowohl die brieflichen als auch die Einlassungen gegenüber der Presse an Absurdität nicht zu überbieten.
Unter Unterlaufung des Parlaments und in absoluter Missachtung desselben wurden Zwischenbericht und Brief an die Öffentlichkeit gespielt. Das ist der Umgang der CDU mit unserer parlamentarischen Demokratie.
Mit der Diskreditierung von Kollegen und Mitarbeitern anderer Fraktionen wird eine neue ‚Qualität' des Umgangs sichtbar, die man guten Gewissens auch als absoluten Tiefpunkt bezeichnen kann. Sie hätten die Energie, die sie dafür aufgewendet haben, lieber in die Ausschussarbeit stecken sollen. Und wenn die im Ausschuss vertretenen Lehrer gerne Noten verteilen möchten, dann sollten sie an die Schulen zurückgehen. Dort werden sie wirklich dringend gebraucht.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Bilder von Friedrich Kreyer

Aus dem Werk eines Vertreters der Lessing'schen Aufklärungsideale

„Thüringen, das grüne und humanistische Herz Deutschlands", so der Titel der neuen Ausstellung mit Bildern von Friedrich Kreyer, die die LINKE in ihrer Galerie im Flur der 4. Etage des Fraktionsgebäudes im Thüringer Landtag zeigt. Es sind Ausschnitte aus dem umfangreichen künstlerischen Werk des Erfurter Lehrers und Kunsterziehers im Ruhestand.

Friedrich Kreyer, 1929 in Erfurt geboren, unterrichtete ab 1952 als Fachlehrer an der Lessing Oberschule in Erfurt, diplomierte 1959 im Fach Kunsterziehung an der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald. Weiterbildungskurse u.a. bei Otto Knöpfer und Otto Paetz führten ihn zur Vervollständigung seiner künstlerischen Ausdrucksmittel.

Auch nach Beendigung seiner Lehrertätigkeit im Jahre 1994 zog es ihn immer wieder in die Natur, um diese künstlerisch in Bildern festzuhalten. Ganz begeistert berichten ehemalige Schülerinnen und Schüler der ehemaligen Lessing-Schule über ihren ehemaligen Lehrer, der noch heute seine humanistische Grundeinstellung auch künstlerisch zum

Ausdruck bringt:

„Er tut dies, indem er unsere thüringische Heimat in ungezählten Bildern wiedergibt. Über die Vermittlung von Wissen und Techniken im Fach Kunsterziehung hinaus, durften wir Schüler des Abiturjahrgangs 1968 der erweiterten Lessing Oberschule Erfurt F. Kreyer als einen Vertreter der Lessing'schen Aufklärungsideale kennenlernen und erleben. Dass wir ehemaligen Schüler der erweiterten Lessing-Oberschule Erfurt diese Werte auch von F. Kreyer während unserer Schulzeit vermittelt bekamen, zeigte sich im letzten Jahr anlässlich des Jubiläums ‚50 Jahre Abitur des Jahrganges 1968'. Trotz völlig unterschiedlicher, teils diametraler Lebens- und Berufswege war ein vorurteilsfreies gemeinsames Treffen in zugewandter Atmosphäre möglich.

Das Pflanzen eines Baumes, unserer ‚Lessing-Linde', ausgeführt vom Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Bodo Ramelow und F. Kreyer, mit der Mahnung zu ‚Toleranz und Menschlichkeit hierzulande und weltenweit' - postuliert auf der neben dem Baum eingelassenen Platte - gilt als Höhepunkt unseres Jubiläums."

Die Ausstellung wird mit einer Vernissage am Mittwoch, den 20. März, um 14.00 Uhr im Thüringer Landtag, Fraktionsgebäude, Etage 4, eröffnet. Die Fraktion DIE LINKE lädt herzlich dazu ein.

Thüringer Tourismusstrategie auf der ITB

Auf der Internationalen Tourismusbörse ITB in Berlin haben die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen viel Zuspruch von Investoren für die tourismuspolitischen Weichenstellungen erhalten. Gleichzeitig gab es aber auch wichtige Impulse für die Tourismuspolitiker, um die Thüringer Tourismusstrategie weiter voranzutreiben.

„Alle privaten Investoren der Regionen des Thüringer Meeres betonten die hervorragende Zusammenarbeit auf

allen Ebenen sowie den Zugang zu Fördermöglichkeiten. Dies ist vor allem ein Erfolg der Arbeit der TTG (Thüringer Tourismus Gesellschaft) sowie unserer Tourismusstrategie", sagte der LINKE-Abgeordnete Knut Korschewsky.

Verbesserungspotenzial habe Thüringen vor allem im Tagestourismus, so Claudia Scheerschmidt (SPD). „Wir wollen die Voraussetzungen durch aktives Management verbessern, vom regionalen Erlebnisfaktor, über grenzübergreifende Kooperationen bis hin zur nachhaltigen Mobilität."

Ein weiteres Feld, dem man sich künftig verstärkt widmen wolle, sei das Thema Emissionen, so Olaf Müller von den Grünen. „Ca. 75 Prozent der CO_2-Emissionen, die im Tourismus entstehen, fallen durch Mobilität an. Eine Verbesserung des Angebots des ÖPNVs, vor allem im ländlichen Raum, wäre wichtig."

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler